

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 228/2016  
Kiel, Freitag, 10. Juni 2016

Soziales/Hospizwesen

## Anita Klahn: Eine Koordinierungsstelle müsste einen wirklichen Unterstützungsbeitrag für das Hospizwesen leisten

In ihrer Rede zu TOP 28 (Stationäre Plätze im Hospiz- und Palliativwesen) erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Hospize sind Anlaufstelle und Zufluchtsort zugleich für Menschen, deren Leben unausweichlich zu Ende geht. Viele haben Angst vor einem langen Sterbeprozess, vor allem wenn er krankheitsbedingt mit großen Schmerzen verbunden ist. In dieser Situation steht nicht mehr die intensivmedizinische Versorgung an erster Stelle, sondern immer die Linderung, die menschliche Zuwendung.

Überwiegend ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten die verständnisvolle Betreuung und kompetente Versorgung der Sterbenden. Sie unterstützen die Angehörigen in dieser Zeit des Abschiednehmens und oft auch in der anschließenden Trauerzeit.

Dieses große ehrenamtliche Engagement ist das Herz der Hospizbewegung und darf auch in keiner Weise eingeschränkt werden.

Wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber diesen Ehrenamtlichen. Sie benötigen Aus- und Fortbildungen, Veranstaltungen und Foren für Fachleute, Ehrenamtliche und Interessierte, sie brauchen selbst einen Schutzraum zum Gedankenaustausch, Ansprechpartner für die medizinischen, pflegerischen, psychosozialen Fragen des Hospizalltags und aktuelle Daten und Fakten zu Gesetzes- und Kostenregelungen sowie Kenntnis über Versorgungsstrukturen.

Die stationäre Hospizversorgung muss bedarfsgerecht ausgestaltet sein. Das gebietet die Achtung vor diesem höchstsensiblen Thema. Meine Fraktion unterstützt daher die im Antrag formulierte Bitte an die Landesregierung den Bedarf an stationären Hospizplätzen für Schleswig-Holstein zu ermitteln.

Korrigierend möchte ich zu den in der Begründung des Antrages vorgelegten Zahlen anmerken: Der Runde Tisch hat von 20 bis 25 Hospizplätzen pro eine Million Einwohner gesprochen, sowie einen Bestand von 80 bis 100 Betten im Bereich hospiz- und palliativmedizinischer Versorgung benannt. Also nicht nur die stationären Hospize, sondern auch die Palliativstationen an Krankenhäusern, wie z.B. am UKSH mit eingerechnet.

Im Moment ist die genaue Zahl auch irrelevant, sie muss nur in einer Bedarfsberechnung nachvollziehbar begründet sein.

Auf die Schwierigkeit, eine verlässliche Bedarfsplanung überhaupt zu ermitteln, hat der Runde Tisch ja auch hingewiesen. Zumindest sollte aber ermittelt werden können, ob es Regionen gibt, in denen wir ein besseres Angebot brauchen.

Einige Fragen ergeben sich für mich zu der im Antrag geforderten Koordinierungsstelle.

Es kann ja nicht darum gehen, Beratungs- und Versorgungsangebote für die Patienten darüber zu koordinieren, da dies nach §39b SGB V von den Krankenkassen zu leisten ist. Der Anspruch für die Versicherten umfasst dabei auch die Übersicht über die regional verfügbaren Beratungs- und Versorgungsangebote und die entsprechenden Ansprechpartner.

Interpretiere ich den vorliegenden Antrag dahingehend richtig, dass beabsichtigt ist, im Sozialministerium die geforderte Koordinierungsstelle zu schaffen?

Wenn ja, frage ich, ob es sich um eine zusätzliche Stelle handeln soll oder ob die Aufgabe durch bestehendes Personal abgedeckt werden kann. Der Geschäftsverteilungsplan des Sozialministeriums weist bereits aus, dass das Referat 22 auch für das Thema Hospizversorgung zuständig ist.

Ich gehe davon aus, dass hier in Teilen schon eine koordinierende Funktion wahrgenommen wird. Zumindest besteht ein Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin, wenn ich es richtig gesehen habe, an die sich die Träger wenden können.

Oder soll eine Koordinierungsstelle bei einem Dachverband geschaffen werden? Dann bitte ich darum, über die genaue Ausgestaltung, den Aufgabebereich, die Rechtsform und die genaue Etatisierung aufzuklären. Hamburg investiert für eine solche Stelle jährlich 70.000 Euro.

Ich will auch deutlich machen, dass meine Fraktion eine Koordinierungsstelle nicht ablehnt. Sie könnte sogar sehr sinnvoll sein. Sie muss nur einen wirklichen Unterstützungsbeitrag für das Hospizwesen leisten.

Dazu müssen die von mir genannten Details geklärt werden. Daher beantrage ich diesen Punkt zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss zu überweisen. Den ersten Absatz des Antrages beantrage ich in der Sache abzustimmen, damit die Landesregierung an die Arbeit gehen kann.“